

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**12.01.2023
HHA**Fraktion der AfD**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Erhöhung der Zulage für Beamte bei Justizvollzugseinrichtungen und Psychiatrischen Krankenanstalten**

Einzelplan **05** **Hessisches Ministerium der Justiz**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 05 Bezeichnung Vollzugsanstalten

Produktnummer alle Bezeichnung alle Produkte

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge	15.031.200	0	15.031.200
14	Summe Aufwendungen	315.427.300	882.000	316.309.300

Liquidität			
Einnahmen			
Ausgaben			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge	15.019.400	0	15.019.400
14	Summe Aufwendungen	320.537.500	882.000	321.419.500
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Justizvollzugsbeamte sind essentiell für einen funktionierenden Rechtsstaat. Insbesondere im Rhein-Main-Gebiet kommt es jedoch immer wieder zur Abwerbung von Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes (z.B. durch die Zollverwaltung). Dem gilt es, durch mehr Wertschätzung der Arbeit des Justizvollzugsdienstes, entgegenzuwirken. Der Beruf muss mit höheren Zulagen finanziell attraktiver gemacht werden. Knapp jeder Achte, der rund 2.800 Bediensteten im hessischen Justizvollzug, geht laut Justizministerium einer bezahlten Nebentätigkeit nach. Zuletzt wurde die Vollzugszulage im Haushaltsjahr 2017 an die Zulage des Polizeivollzugsdienstes angepasst; 98,40 Euro auf 131,20 Euro. Beide müssen weiter angehoben werden; deswegen fordern wir eine entsprechende Erhöhung der sog. monatlichen „Gitterzulage“ um 20 % von 131,20 Euro auf 157,44 Euro.

Wiesbaden, 12. Januar 2023

Für die Fraktion
der AfD
Der Fraktionsvorsitzende:

Robert Lambrou